

Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze, Bündnis90 / Die Grünen

zum Plenum vom 20. Mai 2014

Ich frage die Staatsregierung, welche Kosten sie für die seit April dieses Jahres kostenpflichtigen Sicherheitsupdates für Windows XP einkalkuliert hat (bitte Aufschlüsselung nach Ministerien), warum die Migration der Rechner auf jüngere Betriebssysteme nicht zum seit langem bekannten Termin 8.4.2014 fertiggestellt werden konnte und ob sie ausschließen kann, dass auch im Jahr 2015 noch Zahlungen für kostenpflichtige Updates zu leisten sind?

Antwort des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat:

Bei Windows XP handelt es sich um ein Betriebssystem, welches ausschließlich auf Arbeitsplatzrechnern eingesetzt wurde/wird. Die Administration dieser PCs liegt in der Zuständigkeit der Ressorts und ist dezentral organisiert. Der Großteil der vom Supportende betroffenen Arbeitsplatzrechner befindet sich in den beiden Ressorts StMI und StMFLH. Für die betroffenen Arbeitsplatzrechner sind seit April ca. 240.000,- € für entsprechende Support-Verträge einkalkuliert worden. Im Jahr 2015 werden keine Windows XP Rechner mehr im Einsatz sein.

Hauptgrund für die derzeitige zeitliche Planung war das Abwarten der neuen Version Windows 8/8.1, um damit sofort von den neuen Möglichkeiten der „touch-Technologie“ und damit dem Einsatz moderner mobiler Endgeräte zu profitieren. Der Einsatz einer Brückentechnologie (z.B. Windows 7) hätte zu einer Verzögerung des innovativen Fortschritts in den betroffenen Behörden geführt.